

«Unser Potenzial liegt in den Städten»

FDP-Präsident Pelli im Interview

Urbaner, sozialer, schlagkräftiger: FDP-Präsident Fulvio Pelli erläutert den künftigen Kurs seiner Partei und wendet sich gegen den Bau von Luftschlossern beim Rentenalter oder in der EU-Politik



FDP-Präsident Pelli
(Archivaufnahme) (Bild key)

NZZ am Sonntag: Herr Pelli, Hand aufs Herz: Denken Sie in der Toskana oft an den Freisinn?

Fulvio Pelli: Ich habe recht viel gearbeitet in den letzten Tagen - aber ganz ohne Stress und Zeitdruck. Das bringt Ideen und Klarheit im Kopf.

Worüber haben Sie nachgedacht?

Über meine Aktivitäten in den nächsten Monaten.

Und die wären?

Jetzt geht es zunächst um die Abstimmung vom 25. September über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder. Daneben geht es darum, für die Partei in Zusammenarbeit mit den kantonalen Sektionen eine Strategie zu erarbeiten und gewisse Ideen zu prüfen.

Sind Sie zuversichtlich, dass am 25. September ein Ja resultiert?

Ja, ich bin zuversichtlich, weil ich nicht sehe, warum die Schweizer kurzfristig ihre Meinung über den bilateralen Weg geändert haben sollten.

Werden auch die FDP-Wählerinnen und -Wähler Ja sagen?

Ich denke schon. Aussenpolitisch werden wir nach dieser Abstimmung endlich eine klare Situation in den Beziehungen zur EU haben. Darauf warten wir seit Jahrzehnten. Dazu kommen ausländerpolitische Argumente. Dank der Personenfreizügigkeit haben wir die Chance, in der Ausländerpolitik endlich von der Politik der Polizeibewilligungen abzurücken und eine Politik zu machen, die nicht nur den Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht, sondern auch eine viel bessere Integration der Ausländer erlauben wird. Deshalb befürworten auch Leute wie Nationalrat Philipp Müller die Vorlage. Auch Politiker, die in der Vergangenheit in diesem Bereich auf eine harte Gangart gedrängt haben, stehen zur Personenfreizügigkeit.

Sie versuchen, aus der Abstimmung ein ausländerpolitisches Thema zu machen.

Die Freizügigkeit ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches oder ein EU- Thema. Sie birgt die Chance, eine viel effizientere Ausländerpolitik zu führen. Das ist neu.

Sind Sie nach wie vor der Ansicht, bei einem Ja im September könne man das EU-Beitritts-Gesuch zurückziehen?

Sehen Sie: Dieses Gesuch bringt nicht sehr viel. Es wird nur benützt, um Polemik zu machen. In diesem Sinne scheint es mir wirklich unnötig zu sein. Wenn wir später einmal der EU beitreten wollen, müssen wir ohnehin ein neues Gesuch einreichen.

Sie plädieren für den Rückzug?

Dieser Entscheid liegt in der Kompetenz des Bundesrates. Aber wenn die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit positiv ausgeht, werde ich den freisinnigen Bundesräten raten, das Gesuch zurückzuziehen, ja.

Sie erarbeiten zurzeit eine Strategie für den Freisinn. Wo wollen Sie Ihre Wähler holen?

Die FDP muss damit aufhören, abgesprungene Wähler zurückzuholen. Das ist nicht möglich. Wir brauchen neue Wähler - und wir müssen für diese Leute eine glaubwürdige Politik konstruieren und anwenden. Unser Potenzial liegt in den Städten und Agglomerationen.

Bedeutet das, dass Sie den linksliberalen Flügel stärken wollen?

Wir machen keine linke Politik, sondern eine freisinnige. Wir haben in den letzten Jahren gewisse Leute enttäuscht mit unseren unklaren Positionen. Ich will eine neue Klarheit.

Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Ich kann unseren Strategieüberlegungen nicht vorgreifen. Wir haben ein Papier erarbeitet, das zurzeit bei den Kantonalparteien liegt. Mitte Oktober wollen wir dann mit den Delegierten darüber diskutieren.

Können Sie trotzdem konkreter werden?

Es geht um vier auf den ersten Blick etwas theoretische Punkte: Wachstum, Bildung und Forschung, Öffnungspolitik gegen innen und aussen, Gerechtigkeit bei den Sozialversicherungen.

Gerechtigkeit bei den Sozialversicherungen? Was heisst das?

Wir müssen klären, wohin wir wollen mit den Sozialversicherungen. Bei der AHV müssen wir die Diskussion über die Anhebung des Rentenalters beenden. Wir müssen den Leuten die Sicherheit vermitteln, dass wir nicht über 65/65 hinausgehen wollen.

Sie distanzieren sich also von Couchepins Forderung nach Rentenalter 67?

Couchepin hat eine Idee lanciert, die sehr viel Verwirrung ausgelöst hat. Sehen Sie, im Bereich Sozialversicherung ist es wichtig, dass die Leute Vertrauen haben. Wenn wir immer wieder die Basis der Diskussion verändern, werden wir dieses Vertrauen nie herstellen können.

Also keine Erhöhungsdiskussion mehr?

Sie bringt nichts, sie verunsichert, sie ärgert und führt nirgendwohin. Es gibt keine Bereitschaft

der Schweizer für ein höheres Rentenalter, und es gibt auch keine Bereitschaft der Wirtschaft, ältere Arbeitnehmer einzustellen. Das ist die Realität.

Wie muss man sich den künftigen Freisinn vorstellen? Beim Sammeln von Unterschriften für Volksinitiativen?

Neben der inhaltlichen Strategie prüfen wir eine organisatorische Reform. Es geht darum, einen neuen Auftrag für das Generalsekretariat zu formulieren. Dazu gehört die Fähigkeit, Unterschriftensammlungen durchzuführen. Die FDP ist in diesen Dingen nicht sonderlich begabt.

Ist das eine Lehre aus den Erfahrungen der Zürcher FDP mit ihrer Volksinitiative zum Verbandsbeschwerderecht?

Ja. Wenn wir Initiativen von nationaler Bedeutung lancieren wollen, müssen in der Partei alle zusammenarbeiten. Dazu brauchen wir ein gutes System zur Prüfung solcher Vorhaben, und wir brauchen ein System zur Sammlung von Unterschriften. Man kann nicht nur mit Geld Unterschriften sammeln. Geld brauchen wir für nützlichere Dinge als für Unterschriftensammlungen.

Diese Zusammenarbeit der Parteigremien fehlte gerade im Zürcher Fall.

Das ist Vergangenheit. Wir werden nächstens in der Geschäftsleitung entscheiden, ob wir den Zürchern helfen oder nicht. Das Thema «Verbandsbeschwerde» ist für die FDP brauchbar, obwohl in der Partei nicht alle einverstanden sind. Der Text ist sehr vernünftig, aber die Interpretation lässt einen emotionalen Spielraum offen. Viele Leute meinen, die Initiative sei gegen die Anliegen des Umweltschutzes gerichtet. Ich glaube das nicht, denn es geht letztlich nur um eine Klärung der Kompetenzen zwischen Gerichten und Politik.

Sie werden die Zürcher Initiative

also unterstützen?

Meine Meinung allein genügt nicht. Aber ich denke, wir sollten bei der Sammlung helfen, ja. Danach kommt die Vorlage vor den Bundesrat und das Parlament, und dann gibt es noch viele Möglichkeiten, das Thema zu regeln, ohne dass es zur Volksabstimmung kommt. Aber die Initiative muss zum Erfolg gebracht werden.

Am nächsten Samstag wird die FDP an der Delegiertenversammlung über die Unternehmenssteuer befinden. Was sind Ihre Erwartungen?

Es zeichnet sich in der FDP eine Einigung ab. Der Bundesrat schlägt eine Reduktion der Doppelbesteuerung von Unternehmen und Aktionären vor. Fast alle Freisinnigen sind der Meinung, dass der Kreis der Begünstigten beschränkt werden soll, sonst ist es eine Steuerreduktion zugunsten der Reichen und nicht der KMU. Das wollen wir nicht. Und es soll nicht so sein, dass künftig anstatt Salären Dividenden ausbezahlt werden. Für mich geht es darum, dass die Partei bei diesem Thema, bei dem es wahrscheinlich zu einem Referendum kommt, einig und gut vorbereitet ist.

Bei der Mehrwertsteuer steht der Einheitssatz zur Diskussion. Was halten Sie davon?

Wir kommen allmählich zur Überzeugung, dass das heutige System zu kompliziert ist und zu viel kostet und dass wir mit einer Durchschnittslösung vielleicht die Interessen jener Branchen berücksichtigen können, die zu kämpfen haben und einen Sondersatz beanspruchen. Das Thema Mehrwertsteuer ist für uns zentral.

Interview: Luzi Bernet, Erich Aschwanden